

presse

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November 2011 erklären die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und die zuständige Berichterstatterin Marlene Rupprecht:

Es wird höchste Zeit, dass Deutschland die Konvention des Europarats gegen Gewalt gegen Frauen ratifiziert und umsetzt. Das inzwischen von 17 Staaten gezeichnete Abkommen schafft einen übergreifenden rechtlichen Rahmen zur Bekämpfung von Gewalt und beschreibt auch konkrete Maßnahmen, erklären Caren Marks und Marlene Rupprecht.

Gewalt gegen Frauen ist nicht nur individuelles Schicksal, sondern immer eine schwere Menschenrechtsverletzung. Körperliche, seelische und sexualisierte Gewalt gelten als die höchsten Gesundheitsrisiken, mit denen Frauen auf der ganzen Welt konfrontiert sind. In Deutschland ist jede vierte Frau im Lauf ihres Lebens Gewalt ausgesetzt. Täter sind häufig Partner, Ehemänner oder Menschen aus dem familiären Umfeld.

Es wird höchste Zeit, dass Deutschland die Konvention des Europarats gegen Gewalt gegen Frauen ratifiziert und umsetzt. Das inzwischen von 17 Staaten gezeichnete Abkommen schafft einen übergreifenden rechtlichen Rahmen zur Bekämpfung von Gewalt und beschreibt auch konkrete Maßnahmen.

Wir begrüßen die geplante - wenn auch späte - Einführung des bundesweiten Frauenhilfetelefons. Diese Erstberatung wird jederzeit und anonym erreichbar sein und Frauen helfen, den Weg zu den jeweiligen Unterstützungseinrichtungen zu finden. Doch es bleibt noch viel zu tun.

Der Schutz von Frauen vor Gewalt ist Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge. Die Beratungsstellen und Frauenhäuser vor Ort leisten eine unverzichtbare und wertvolle Arbeit. Sie brauchen endlich eine gesicherte Finanzierung und bundesweit einheitliche Regelungen. Hier ist auch die Bundesregierung gefordert. Die zu schaffenden und auszubauenden Schutz- und Unterstützungseinrichtungen müssen dabei auch die besondere Situation von Frauen mit Behinderungen und von Migrantinnen berücksichtigen.